DONNERSTAG, 19. FEBRUAR 2009 · 173. JAHRGANG, NR. 41, CHF 2.50 · WWW.LANDBOTE.CH

HEUTE: WOCHENAGENDA

Der Landbote

Die Nordostschweiz

ZEITUNG VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag –9°
Nachmittag 1°

WETTER SEITE 24

Eröffnung mit Couchepin:
Dem Kulturminister gefiel die Ausstellung «Im Dialog» so gut, dass er zu spät ans Rednerpult kam
SEITE 9

Die edlen Wilden:
Der Maler Karl Bodmer hat das Bild der Indianer Nordamerikas geprägt
SEITE 13

Brasilianerin droht eine Freiheitsstrafe

ZÜRICH – Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen die 26-Jährige eröffnet, die am Montag vor einer Woche beim Bahnhof Stettbach von drei Neonazis zusammengeschlagen worden sein soll. Es besteht der Verdacht der «Irreführung der Rechtspflege». Ein Tatbestand, bei dem als Maximalstrafe drei Jahre Gefängnis vorgesehen ist. Dass die Brasilianerin bei der Stadtpolizei Zürich bereits zugegeben hat, sowohl ihre Schwangerschaft als auch den «Neonazi-Überfall» erfunden zu haben, wollten – trotz entsprechender Medienberichte – gestern weder die Polizei noch der zuständige Staatsanwalt bestätigen. Solange die Untersuchung andauert, darf die 26-Jährige, die inzwischen aus dem Spital entlassen wurde, die Schweiz nicht verlassen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Passsperre erlassen. *(og)* Seite 17

Schweiz kapituliert im Steuerstreit mit den USA

Millionenvergleich und Auslieferung von Kundendaten: In den Steuerstreit zwischen der UBS und den USA sind die Würfel gefallen.

BERN – Die Grossbank UBS bezahlt 780 Millionen Dollar oder umgerechnet 913 Millionen Franken an die US-Justiz, um den Steuerstreit zu beenden. Dies teilte das US-Justizministerium gestern am späten Abend Schweizerzeit mit. Ausserdem erklärt sich die Bank in einem für die Schweiz beispiellosen Schritt bereit, den Ermittlungsbehörden in den USA Daten amerikanischer UBS-Kunden zu liefern und damit das Bankgeheimnis in diesem Fall aufzuheben. Die weiteren Details blieben vorerst unbekannt.

Der Bundesrat bleibt vage

Schon am frühen Abend hatte sich ein Entscheid abgezeichnet: Der Bundesrat traf sich um 20 Uhr im Von-Wattenwyl-Haus überraschend zu einer Sondersitzung. Nach dem einstündigen Treffen erklärte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, der Bundesrat habe davon Kenntnis genommen, dass die UBS und die Finanzmarktaufsicht eine Einigung mit den US-Behörden anstrebten. Während der Sitzung seien aber von Seiten der Landesregierung keine Beschlüsse über ein Notrecht zur Aufhebung des Bankgeheimnisses gefasst worden. Weitere Informationen wurden erst für heute in Aussicht gestellt.

Die Steueraffäre gilt als eines der grössten Probleme der UBS. Die Bank wird beschuldigt, gegen 20000 Kunden in den USA bei der Steuerhinterziehung von 20 Milliarden Dollar geholfen zu haben. Der US-Senat führt am nächsten Dienstag eine Anhörung durch. *(wä/mö)* Seite 4

Verwaltungs AG will 6,8 Millionen

WINTERTHUR – Die drei früheren Verwaltungsräte der Verwaltungs AG hatten eine Vorladung vom Friedensrichteramt im Briefkasten: Ihre einstige Firma, die im Sommer Konkurs anmelden musste, verklagt sie auf die Schadenssumme von 6,8 Millionen Franken. Das sagt Rechtsanwalt Christian Modl, der die insolvente Immobilienverwaltung vertritt, auf Anfrage.

Dem Trio wird vorgeworfen, Darlehen gewährt zu haben, die in die Firma Volcot geflossen sind. Sie ist im Baumwollhandel tätig, und der frühere Verwaltungsratspräsident steht ihr vor. Er beziehungsweise seine Firma sind jetzt bei der Verwaltungs AG verschuldet. Diese wiederum schuldet den Hauseigentümern Geld, das diese ihr anvertraut hatten. Das Gericht hat der Verwaltungs AG im Herbst die Nachlassstundung bewilligt. *(fmr)* Seite 9

EU für Schweizer Piraten-Einsatz

BERN – Wie gestern überraschend bekannt wurde, erwartet die EU militärische Unterstützung mit Soldaten der Schweizer Armee, um die Piraten vor Somalia an Schiffsentführungen zu hindern. Als «sehr wichtig» für die EU bezeichnete der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana nach einem Treffen mit Aussenministerin Micheline Calmy-Rey in Brüssel eine Schweizer Beteiligung an der EU-Mission «Atalanta». Ein finanzieller Beitrag sei zwar auch wichtig, fügte Solana an, Soldaten hätten aber Priorität. Calmy-Rey unterstrich, dass die Schweizer Handelsschiffe, die den Golf von Aden durchfahren, nur «in Solidarität mit der Europäischen Union» geschützt werden könnten. Die Aussenministerin versprach zudem eine «rasche Entscheidung» des Bundesrats.

Jürg Stahl, SVP-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, bekräftigte gegenüber dieser Zeitung die im Parlament bereits aufgetauchten Vorbehalte gegenüber einer Entsendung von Soldaten. *(red)* Seite 4

US-Autobauer fordern 22 Milliarden

DETROIT – Die US-Automobilindustrie will 50000 Stellen streichen und fordert zusätzlich über 22 Milliarden Staatshilfe. Nur mit dieser Restrukturierung und dieser staatlichen Unterstützung liesse sich der Zusammenbruch abwenden, erklärten die US-Automobilbauer General Motors (GM) und Chrysler. Sie mussten am Dienstag dem US-Finanzministerium ihre konkreten Rettungspläne vorlegen. Diese Pläne stiessen in den USA, aber auch in Europa auf wenig Verständnis. In einer ersten Reaktion bezeichnete ein Sprecher der US-Regierung die Sanierungskonzepte als ungenügend. Es seien von sämtlichen Beteiligten mehr Zugeständnisse gefordert, hiess es. In Deutschland und Schweden haben derweil sowohl die Regierung wie die Gewerkschaften den Erhalt der Werke und Arbeitsplätze gefordert. Von den GM-Abbauplänen ist auch die deutsche Marke Opel betroffen. Die schwedische Automarke Saab will GM ebenso wie die amerikanischen Marken Hummer und Saturn ganz abstossen. *(red)* Seite 3

9 771424 354000 40008

BERNER LEKTION IM HALLENSTADION

Die ZSC Lions verlieren den NLA-Spitzenkampf gegen Bern 1:4 und verbleiben auf dem dritten Rang. Der SCB hingegen hat einen grossen Schritt Richtung Qualifikationssieg gemacht. Schuldlos an der Niederlage war ZSC-Torhüter Lukas Flüeler. *(red)* Seite 25

ANZEIGE

PRIVATE SPITEX

für Pflege, Betreuung und Haushalt

Tag und Nacht – auch Sa/So,
von allen Krankenkassen anerkannt,
zuverlässig und mit festen Preisen.

Hausbetreuungsdienst
für Stadt und Land AG
Tel. 052 212 03 69
www.homecare.ch

Bundesgericht tadelt Kantonsrat

ZÜRICH – Das Bundesgericht rügt den Zürcher Kantonsrat im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt von Wetzikon. Das Parlament lehnte im April 2008 ein Gesuch der Staatsanwaltschaft für eine Strafuntersuchung gegen einen Oberrichter ab. Das Vorgehen des Kantonsrats wird von den Lausanner Richtern nun als «unhaltbar» bezeichnet. Grund: Der Kantonsrat hatte nur den angeschuldigten Oberrichter angehört. Dagegen kamen die Mutter und der Stiefvater des ermordeten Taxichauffeurs nicht zu Wort. Das Bundesgericht kommt zum Schluss, dass die Angehörigen als Partei hätten angehört werden müssen, und hebt den Entscheid auf. Der Kantonsrat muss deshalb nochmals darüber befinden, ob die Immunität des Oberrichters aufgehoben werden soll. Zudem muss er anschliessend seinen Entscheid schriftlich begründen.

Im September 2007 wurde in Wetzikon ein junger Taxifahrer vom psychisch angeschlagenen Bernardo T. erstochen. Dieser hätte zur Tatzeit hinter Gitter sitzen sollen. *(flu)* Seite 21

Stadtwerk baut für 16 Millionen um

WINTERTHUR – Stadtwerk Winterthur strebt eine Konzentration an: Das Verwaltungsgebäude an der Vogelsangstrasse soll aufgegeben werden. Dafür soll das Werkgebäude im Schöntal für rund 16 Millionen umgebaut werden, damit darin die benötigten Büros Platz finden. Zunächst muss jedoch der Gemeinderat über einen Projektierungskredit von fast einer Million befinden. Das letzte Wort hat das Stimmvolk. *(ms)* Seite 11

ANZEIGE

TREUHANDBÜRO WERNER EICHER
VERWALTUNGS- UND TREUHAND AG
WÜLFLINGERSTRASSE 271 · 8408 WINTERTHUR

Steuern
Buchhaltungen
Versicherungen
Liegenschaften
Verwaltungen
Inkasso

Telefon 052 222 21 11
http:/www.eicher.ch

REDAKTION TEL. 052 266 99 01, FAX 052 266 99 11 · **ABO-SERVICE** 0800 80 84 80, FAX 0848 05 21 52 · **INSERATE** TEL. 052 723 59 59, FAX 052 723 58 73